

Brief aus Straßburg

Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP



Nr. 130 · 13. Jahrgang · Ausgabe Plenarwoche März 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

zutiefst betroffen habe ich als für den Rems-Murr-Kreis zuständiger Europaabgeordneter am Mittwoch die Meldung über den Amoklauf an der Realschule in Winnenden vernommen.

Es ist eine unbegreifliche Tat und alle Worte der Anteilnahme und des Mitgeföhls klingen kraftlos angesichts des Schreckens, des Leides und der Trauer, die mit den Ereignissen verbunden waren und sind.

Schon kurz nach den ersten Meldungen wurden wir von deutschen, aber auch von vielen anderen Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament auf die Geschehnisse angesprochen. Es wurde dabei in seltener Weise deutlich, dass in solchen Situationen die Grenzen zwischen Parteien, Ländern und Kulturen jede Bedeutung verlieren.

Der Präsident des Europäischen Parlaments bat gestern Nachmittag um 15.00 Uhr mit bewegten Worten das Haus, in einer Gedenkminute innezuhalten. Im Europäischen Parlament wurde die Fahne der Bundesrepublik Deutschland auf Halbmast gesetzt und in den Außenbüros des Parlaments die Flagge der Europäischen Union.

Mit herzlichem Gruß aus Straßburg, die stark von den Ereignissen dieser Woche geprägt sind

► Erweiterungsdebatte

Im Europäischen Parlament wurden am Mittwoch die neuesten Fortschrittsberichte über die Länder debattiert, die als Kandidaten zur Erweiterung anstehen. Ich selbst habe abweichend von den offiziellen Linien meiner Fraktion abgestimmt. Im Fall Kroatiens und FYROM habe ich mich bei den Schlussabstimmungen enthalten, weil ich selbst

ohne den Vertrag von Lissabon nicht der Meinung bin, dass irgendein Beitrittsprozess substanziell vorangebracht werden sollte. Im Falle der Türkei habe ich gegen den Bericht gestimmt, weil ich dessen Inhalt als nicht als kritisch genug ansehe.



Im Einzelnen:

Kroatien

Die Verhandlungen mit Kroatien werden seit dem 3. Oktober 2005 geführt. Der Entschließungsantrag des Außenausschusses zu Kroatien unterstreicht, dass das Ziel, die Verhandlungen bis Ende des Jahres 2009 abzuschließen aus Sicht der Parlamentarier erreichbar ist.

Kroatien muss jedoch den Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen verstärken. Der Entschließungsantrag bedauert, dass die Verhandlungen durch bilaterale Meinungsverschiedenheiten zwischen Kroatien und Slowenien über den Verlauf der gemeinsamen Grenzen behindert werden.

Türkei

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden am 3. Oktober 2005 eröffnet, nachdem sich die Türkei bereits 1987 um eine EU-Mitgliedschaft beworben hatte.

Der Entschließungsantrag kritisiert abermals vehement den verlangsamten Reformprozess und fordert die türkische Regierung auf, diesen Reformprozess, zu dem sie sich selbst 2005 verpflichtet hatte, mit mehr Elan wieder aufzunehmen. So wie sich der Bericht heute darstellt, rückt ein möglicher Beitritt - abgesehen von allen anderen Argumenten - allerdings in weite Ferne.

CDU-Europabüro Region Stuttgart
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 10 033
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 242, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu

internet: www.mdep.de

Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM)

Die ehemalige jugoslawische Teilrepublik Mazedonien hatte 2004 die Mitgliedschaft in der Union beantragt und ist seit 2005 offiziell „Kandidat“.

Der Entschließungsantrag bedauert, dass die Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien noch nicht begonnen haben. Für das Land sei diese Situation demotivierend und destabilisierend.

Das Europäische Parlament plädiert daher dafür, die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr aufzunehmen, appelliert jedoch an Skopje, Streitpunkte mit den Nachbarländern zu lösen – insbesondere der Streit mit Griechenland um den Namen Mazedonien, den auch drei griechische Provinzen tragen, solle möglichst bald beigelegt werden.

Grundsätzliches zu Erweiterungsfragen

Die Europäische Union ist prinzipiell offen für jedes europäische Land, das demokratische, politische und wirtschaftliche Kriterien der Mitgliedschaft erfüllt (sog. Kopenhagen-Kriterien). Die EU muss aber auch im Bezug auf ihre innere Verfasstheit in der Lage sein, die neuen Mitglieder zu integrieren.

Sobald Verhandlungen zwischen einem Beitrittskandidat und der EU-Kommission abgeschlossen sind, benötigt das potenzielle neue Mitglied die uneingeschränkte Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments.

Bei allen Erweiterungen muss behutsam und klug bedacht vorgegangen werden. Entscheidend ist, dass nicht nur die Erweiterungsländer sondern auch die EU in der Lage ist, ein neues Mitglied aufzunehmen.

Allerdings muss auch in aller Klarheit feststehen: Ohne den Vertrag von Lissabon kann es keine Erweiterung geben; auch wenn es die Schweiz wäre, die einen Antrag stellt.

► Mautrichtlinie: Staat nicht für Staus belohnen

Umwelt- oder Lärmbelastungen sollen künftig in die Berechnung von Mautgebühren für Lkw einbezogen werden dürfen. Die Einrechnung von Staukosten aber ist umstritten. In der Abstimmung am Mittwoch zur Neufassung der Mautrichtlinie für Lkw gab es widersprüchliche Ergebnisse. Eine Mehr-



heit folgte den EVP-ED-Anträgen, die Staukosten zu streichen, an drei Stellen. Da aber ein weiterer Antrag der EVP-ED auf Streichung keine Mehrheit fand, lehnte meine Fraktion die Entschließung am Ende ab. Das ist ein zumindest Teilerfolg. Denn für Staus tragen die Mitgliedstaaten die Verantwortung, da sie für die Bereitstellung der Infrastruktur verantwortlich sind. Weiterhin wird gefordert, dass die Einnahmen aus der Maut zweckgebunden in die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, die Entwicklung abgasärmerer und leiserer Fahrzeuge und intelligente Verkehrsleitsysteme fließen muss.

► Ökologisierung des Verkehrs vorantreiben

Um die Ökologisierung des Verkehrs voranzutreiben, verlangt das Europäische Parlament ein "integrales Konzept" für alle Verkehrsträger. Bisher verfolgt die EU-Kommission lediglich einen "fragmentarischen Ansatz". Die Abgeordneten fordern daher "unverzüglich" ein umfassendes Konzept zur Berechnung und Anlastung der externen Kosten und deren Folgenabschätzungen aufgrund eines nachvollziehbaren Modells.

Der Bericht nimmt Stellung zu den Mitteilungen der EU-Kommission zur "Ökologisierung des Verkehrs", zur „Strategie zur Internalisierung externer Kosten“ sowie zu „Lärmschutzmaßnahmen am aktuellen Schienenfahrzeugbestand“.

Die Abgeordneten befürworten die Fortführung einer umweltgerechten Ausgestaltung des Verkehrssektors, die – "unter Beachtung der berechtigten Interessen der Bürger und Unternehmen hinsichtlich Mobilität" – die schädlichen Auswirkungen des Verkehrs aufhebt oder zumindest verringert, im Einklang mit den Zielen der EU zur Bekämpfung der Klimaerwärmung bis zum Jahr 2020.

► Autos sollen sicherer und umweltfreundlicher werden

Das EP hat am Dienstag eine neue Verordnung verabschiedet, mit der die Sicherheit und Umweltverträglichkeit von Autos verbessert werden soll. Vorgesehen sind u. a. die serienmäßige Einführung von Systemen zur Überwachung des Reifendrucks bei Pkw sowie erhöhte Anforderungen an das Reifendesign, etwa bei der Nasshaftung und beim Rollwiderstand. Als europaweite Serienausstattung wird die Einführung zusätzlicher Sicherheitssysteme bei Neuwagen, wie das Antiblockiersystem ESP, verbindlich vorgeschrieben.

► SMS- und Daten-Roaming billiger

Vor grundsätzlichen Bemerkungen zu den allgemeinen Entwicklungen in diesem Bereich möchte ich zunächst meinem Unverständnis über einige Telefonanbieter Ausdruck geben. Es ist inakzeptabel, wenn der Preisauskunft hinzugesetzt wird, die Preise seien von der EU festgesetzt. Dies ist unredlich. Die Preise von 22 und 46 Cent für eingehende bzw. abgehende Gespräche sind von der EU festgesetzte Höchstpreise und kein Anbieter ist gehindert, unter diese Grenze zu gehen.

Die Deckelung von Preisen für Mobilfunk-Textnachrichten (SMS) und Daten-Downloads im EU-Ausland (Roaming) nimmt konkrete Formen an.



Der Industrieausschuss des Europaparlaments verabschiedete am Montag Abend die Überarbeitung der geltenden EU-Verordnung zu Mobilfunkpreisen. Die Endkundenpreise für aus dem Ausland

versandte Textnachrichten sollen auf maximal 11 Cent begrenzt werden. Der Großhandelspreis soll bei maximal 4 Cent liegen. Im Schnitt kostet eine Auslands-SMS heute noch fast 30 Cent, in der Spitze bis zu 80 Cent.

Für das Daten-Roaming soll eine Obergrenze für den Großhandelspreis von 50 Cent pro Megabyte (MB) gelten. Bisher sind teilweise astronomische Preise von mehreren Euro pro MB die Regel.

Auch die Obergrenzen für Mobilfunkgespräche im EU-Ausland sollen weiter gesenkt werden. Ab Sommer 2010 soll der maximale Minutenpreis bei 40 Cent für selbst getätigte Anrufe und 16 Cent für angenommene Anrufe liegen. Derzeit liegen die Limits bei 46 und 22 Cent, ab 1. Juli 2009 gelten 43 und 19 Cent. Als Neuerung soll künftig eine sekundengenaue Abrechnung erfolgen.

Die Laufzeit der neuen Verordnung soll bis 2012 begrenzt sein.

► Verlegung von Firmensitzen

Das Europäische Parlament fordert die EU-Kommission auf, einen Richtlinienvorschlag zur grenzüberschreitenden Verlegung von Firmensitzen vorzulegen. Derzeit ist die grenzüberschreitende Verlegung von Firmensitzen mit administrativen Hürden, Kosten und sozialen Folgewirkungen verbunden und bietet zu wenig Rechtssicherheit. Die Verlegung eines Firmensitzes darf nicht die Auflösung der betreffenden Gesellschaft oder

irgendeine Unterbrechung bzw. den Verlust ihrer Rechtspersönlichkeit nach sich ziehen.

► Statut der Europäischen Privatgesellschaft

Das Europäische Parlament hat am Dienstag Stellung zum Vorschlag der EU-Kommission über das "Statut der Europäischen Privatgesellschaft (SPE)" genommen. Mit der Initiative wird eine neue europäische Rechtsform geschaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der KMU durch Erleichterung ihrer Niederlassung und Tätigkeit im Binnenmarkt erhöhen soll. Die Gründung von Unternehmen soll erleichtert und der Wirtschaftsraum EU für mittelständische Unternehmen ein Stück attraktiver gemacht werden.

Nach der Europa-AG, die als "Société Européenne" vor einigen Jahren eingeführt wurde, kommt nun endlich auch die Europa-GmbH. Damit wird es für die mittelständische Wirtschaft in Europa eine eigene Gesellschaftsform geben, die es bis jetzt nur für die Großunternehmen gibt. Die Gründungsvoraussetzungen für Unternehmer sollen so einfach wie möglich gehalten werden.

Bislang müssen Unternehmen in jedem EU-Mitgliedstaat, in dem sie tätig werden wollen, Tochterunternehmen mit jeweils unterschiedlicher Rechtsform gründen. Das ist eine kostspielige Sache. Die neue Europa-GmbH erspart Zeit und Geld für Rechtsberatung, Management und Verwaltung.

► Videospiele - bessere Kontrolle

Das Europäische Parlament schlägt in seinem Initiativbericht zur Nutzung von Videospiele vor, Videospiele, die Gewaltszenen enthalten und negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Minderjährigen haben, mit einem so genannten "roten Knopf" an den Konsolen zu versorgen. Dieser soll eine Deaktivierung von "schädlichen" Computerspielen auslösen oder Videos für eine bestimmte Zeit blockieren. Nach der Idee des Parlaments sollen Kommission und Mitgliedstaaten zusammen mit der Industrie prüfen, ob dieser Vorschlag für die Kontrolle von Videospiele sinnvoll ist. Zudem legen die Abgeordneten den Mitgliedstaaten nahe, zivil- und strafrechtliche Regelungen zu schaffen, die den Verkauf von gewalttätigen Videos und Spielen an Minderjährige einschränken sollen.

Übrigens: [Am 3. Mai ist Tag der offenen Tür in Straßburg](#)

